



**GRÜNE
FRAKTION**
IM RAT DER STADT HERNE

GRÜNE FRAKTION HERNE ✉ BAHNHOFSTR. 15A ✉ 44623 HERNE

An die Vorsitzende
des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Sicherheit und Ordnung
Frau Barbara Merten
über Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Dudda
Rathaus Herne

Fraktionsgeschäftsstelle
Bahnhofstr. 15a
44623 Herne
Tel: +49 (2323) 951 000 3
fraktion@gruene-herne.de
www.gruene-herne.de

Herne, den 22.11.22

Vorsorge Black-Out

Sehr geehrter Frau Vorsitzende,

die Grüne Fraktion bittet Sie, in diese Anfrage in die Tagesordnung des kommenden Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Sicherheit und Ordnung aufzunehmen.

Sachverhalt:

Aufgrund der angespannten Versorgungslage mit Energie sind die Länder und Gemeinden seitens der Bundesregierung aufgefordert worden, sich auf einen dreitägigen Black-Out vorzubereiten.

Unter einem Black-Out wird der Ausfall der Stromversorgung verstanden. Angesichts der Qualität der Netzsteuerung in Deutschland und im europäischen Verbundnetz wird nicht mit einem längeren und flächendeckenden Ausfall gerechnet. Eher könnte es zu mehrstündigen Ausfällen, die auch örtlich begrenzt sind, kommen. Insofern handelt es sich um eine Vorsorgemaßnahme.

Allerdings muss auch festgestellt werden, dass der Katastrophenschutz in Deutschland in den letzten Jahren vernachlässigt worden ist und sicher hinsichtlich der materiellen wie auch der rein organisatorischen Aspekte erheblich ausgebaut werden muss.

Neben einer staatlichen Vorsorge muss auch eine private Vorsorge angeregt werden, die z.B. eine mehrtägige Bevorratung mit Lebensmitteln und anderen Produkten des täglichen Bedarfs abdecken sollte. Hier sind Kommunen gefordert, die Ansprache der Bevölkerung vorzunehmen.

Zur kommunalen Vorsorgeplanung gehören u.a. Einsatzpläne für kommunale Bedienstete, Einrichtung von dezentralen Hilfsstellen – im Fachjargon auch „Leuchttürme“ genannt -, die Gewährleistung einer Notfallkommunikation mit Feuerwehr und Polizei, der Zugriff auf und die Verteilung von Lebensmittel und anderen Produkten des täglichen Bedarfs.

Ergänzend könnten auch andere Organisationen eigene Hilfsangebote einrichten.

Hierzu stellen wir folgende Fragen:

1. Wird es bzw. gibt es einen kommunalen Notfallplan und wann wird dieser den bürger-schaftlichen Gremien vorgestellt?
2. Wie ist eine Kommunikation und damit Einsatz von kommunalen Bediensteten gesi-chert?
3. Gibt es Einsatzpläne, die einzelnen Mitarbeiter*innen Aufgaben zuweisen?
4. Gibt es Abstimmungen mit dem örtlichen Handel, damit gelagerte Waren des täglichen Bedarfs ausgegeben werden können?
5. Verfügt die Stadt über eigene Warenlager, die im Notfall die Versorgung sicherstellen?
6. Welche Waren sind dort eingelagert?
7. Gibt es alternativ bzw. als Ergänzung regionale Lager, auf die Kommunen zugreifen kön-nen bzw. aus denen sie versorgt werden?

Mit freundlichen Grüßen

J. Lichau

Für die Grüne Fraktion

Justus Lichau